

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

Horst Sielaff MdB zur neuen
Offenheit in der Sowjetunion:
Das Schweigen über die Stalin-
Zeit wird gebrochen.

Seite 1

Hermann Bachmaier MdB, Dr.
Edith Niehues MdB und Mi-
chael Müller MdB warnen vor
einer Abkehr von Nürnberg:
Für die SPD bleibt kein ande-
rer Weg.

Seite 3

Ernst Haar MdB fordert Kon-
sequenzen aus den ökologi-
schen Katastrophen: Mit der
Bahn gegen den Wahn.

Seite 4

Klaus-Jürgen Lais MdL zu
einem Posten-Gezerr in Lud-
wigshafen: Ein Medienstand-
ort wird zu Grabe getragen.

Seite 6

42. Jahrgang / 169

7. September 1987

Das Schweigen wird gebrochen

Die Sowjetunion beginnt, sich kritisch mit der Stalin-Zeit auseinan-
derzusetzen

Von Horst Sielaff MdB

Das neue Denken und die neue Offenheit, die Gorbatschow auch im
Inneren der Warschauer Pakt-Staaten fordert, ist offensichtlich keine
Eintagsfliege oder gar nur Reklame.

Behutsam wird nach Jahrzehnten des Schweigens auch eine kritische
Aufarbeitung der Stalinzeit und deren Folgen vorgenommen.

In der „Prawda“ erschien in diesen Tagen ein Artikel über die De-
monstrationen von Bürgerrechtlern in den baltischen Republiken.
Auch wenn die Annexion dieser Länder durch den Hitler-Stalin-
Pakt geleugnet wird, so wird aber doch deutlich von „komplizierten“
und „tragischen Abschnitten“ in der Geschichte des Baltikums
und des „ganzen sowjetischen Volkes“ geschrieben. Und es wird
zugegeben, daß große und schöne Worte gebraucht wurden, als
„einfache und bittere notwendig waren“.

„Unsere Schwierigkeiten, welche wir zu beseitigen uns bemühten,
haben wir, indem wir schwiegen, dreifach durch das Mißtrauen
der Bevölkerung, das wir selbst erzeugt haben, vergrößert“, heißt
es dann wörtlich.

Der Umbau im Lande sei gerade auf die „Heilung der Leiden der
Vergangenheit“ gerichtet. Mit dieser Einstellung wird die Bewäl-
tigung mancher Probleme zwischen den mehr als 180 Nationali-
täten in der Sowjetunion vorgenommen und die Aufarbeitung
der tragischen Geschichte auch der deutschen Nationalität ermög-
licht. Im deutschen Lektorat des Kasachstan-Verlages gibt es be-
reits Pläne dafür.

Wenn auch die dunklen und tragischen Teile der Geschichte der
Deutschstämmigen in der UdSSR - neben der Geschichte des Bal-
tikums gehört dazu auch die Geschichte der vor über 200 Jahren
nach Rußland ausgewanderten Deutschen - aufgearbeitet werden
können, und wenn dazu die Grenzen sich für gegenseitige Besuche
weiter öffnen, dann wird auch der Aussiedlungsdruck in der Sowjet-
union nachlassen. Denn der überwiegende Teil der Deutschen in der

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichteter Einsatz
mit wertvollen Arbeitskräften
Recycling-Papier



UdSSR hat Sehnsucht nach einem Deutschland, das man vom Hörensagen kennt, dessen Realität aber wesentlich anders ist und das dem Lebensstil der Deutschen im Baltikum, in Sibirien, Kriegen und Kasachstan in keiner Weise entspricht.

Fast zeitgleich mit dem „Prawda“-Artikel über die Situation in den baltischen Republiken erschien in der sowjetischen Parteizeitschrift „Kommunist“ ein Artikel des polnischen Staats- und Parteichefs Jaruzelski, in dem er sich kritisch mit dem Verhalten der Sowjetunion unter Stalin vor und nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gegenüber den Polen auseinandersetzt. Tausende Polen/innen seien in den im Herbst 1939 von der UdSSR besetzten ostpolnischen Gebieten Opfer von Verfolgung und Deportation geworden. Jaruzelski gehörte als junger Mensch mit seinen Eltern damals selbst zu den Deportierten.

Man schätzt, daß zwischen 1939 und 1941 etwa 1,5 Millionen Polen aus den Ostgebieten in die Sowjetunion zwangsweise umgesiedelt worden sind. Die großen polnischen Zeitungen brachten Auszüge aus Jaruzelskis Artikel. Auch wenn das Schicksal tausender polnischer Offiziere, die im September 1939 in die Hände der Roten Armee fielen und 1943 in einem Massengrab bei Katyn gefunden wurden, in der Volksrepublik Polen noch nicht offen diskutiert wird und weiterhin als „weißer Fleck“ in der Geschichte gelten soll (die Nichterwähnung einer entsprechenden Frage eines amerikanischen Korrespondenten an den in Polen weilenden sowjetischen Ministeriumssprecher Gerassimow in den polnischen Medien zeigt das) so wird die Politik der „Glasnost“, der Offenheit, in Osteuropa weitergehen.

Man sollte sich daran erinnern, daß Jaruzelski schon vor vielen Monaten in einem Interview deutlich sagte, die Steine in Schlesien sprechen deutsch und polnisch und sich damit auch zu der Geschichte der Deutschen in der heutigen Volksrepublik bekannte.

Die Vorarbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission und des deutsch-polnischen Forums trug Früchte. Nun scheint sich diese Aufarbeitung der grausamsten Jahre europäischer Geschichte weiter nach Osten auszudehnen. Die Entspannungspolitik trägt weitere Früchte - trotz manch dummer Reden einiger Politiker/innen in der Bundesrepublik Deutschland und mancher realitätsferner Kommentare im Bayern-Kurier.

Nach der militärischen scheint auch die geistige Entspannung möglich zu werden.

(-/7.9.1987/vc-hs/rs)

* * *



Für die SPD bleibt kein anderer Weg

Von Nürnberg darf es keine Abkehr geben

Von Hermann Bachmaier MdB, Dr. Edith Niehues MdB und Michael Müller MdB

Die anhaltenden Kontroversen über die zukünftige Energiepolitik zeigen, daß die tiefgreifenden sozialen und ökonomischen Umbrüche seit Mitte der 70er Jahre in Teilen von SPD und Gewerkschaften erst unzureichend aufgearbeitet und politisch bewertet sind. Die Nürnberger Parteitagsbeschlüsse der SPD vom Sommer 1986 haben deshalb historische Bedeutung, weil sie mit einem Politikverständnis brechen, das nur in Zeiten eines starken wirtschaftlichen Wachstums und bei Ignorieren vor allem der außerökonomischen Folgen (zum Beispiel Umweltzerstörung) funktionieren kann.

Die SPD hatte sich in der Nachkriegszeit auf eine derartige Wachstums- und Modernisierungspolitik verständigt, die mit beispiellosem Erfolg den Sozialstaat ausgebaut hat. Die massive Entfaltung der Nachkriegswirtschaft hatte hierfür die Grundlagen geschaffen und einen entsprechenden Verteilungsspielraum gegeben.

Die außerordentlich günstigen Rahmenbedingungen dieses Zeitabschnitts sind heute vorbei und können aus ökologischen und weltwirtschaftlichen Gründen auch nicht wieder hergestellt werden.

Der Traum vom immerwährenden hohen Wirtschaftswachstum ist in den letzten Jahren ebenso zerplatzt wie der Mythos, daß die technische Entwicklung aus sich heraus fortschrittlich sei und es nur an der Politik läge, ihre Ergebnisse sozial abzufedern und zu verteilen. Im Bruch der gesellschaftlichen Entwicklung liegt die Ursache für die Verunsicherung vieler Menschen und die Polarisierung in der Gesellschaft, aber auch für aktuelle Auseinandersetzungen in SPD und Gewerkschaften. Diese bergen die Gefahr einer Selbstblockade der Partei.

Weder eine unreflektierte Ablehnung von Technik noch der illusionäre Versuch, sozialpartnerschaftliche Wachstumsbündnisse der 70er Jahre wieder herzustellen, können eine neue Phase der Reform einleiten.

Die SPD hat ihre Existenzberechtigung als Reformpartei. Der Korridor für die Verwirklichung von Reformen ist jedoch eng geworden: Weder mit neuer Antistaatlichkeit noch mit einer Orientierung auf ein Unionsbündnis können die Reformen verwirklicht werden, die unser Land dringend braucht. Sozialdemokratische Politik muß vielmehr unter die Prinzipien von Gestaltbarkeit der Zukunft und Demokratisierung von Staat und Gesellschaft gestellt werden. Hierin liegt der Kern des neuen Denkens, das für die zukünftige Mehrheitsfähigkeit der SPD unverzichtbar ist. Wer sich heute an der Demontage der Nürnberger Beschlüsse beteiligt, zerstört letztlich die Reformfähigkeit der Politik und damit die Chancen für eine ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft und die Weiterentwicklung des Sozialstaats.

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Umbruchsituation, dadurch ist die SPD zur politischen Erneuerung herausgefordert. Wenn sie jetzt nicht versucht, die Gestaltung der Gesellschaft nach ökologischen und sozialen Zielen glaubwürdig anzugehen, hat sie verspielt. Eine Anpassung an den lösungsunfähigen Status-quo-Zustand hieße die rückwärtsgewandte Unionspolitik zu zementieren.

Dies gilt besonders für die Energiepolitik: Wer die grundsätzliche Position der SPD zum Ausstieg aus der Kernenergie und die Neugestaltung des Energiesektors aufgibt, verspielt zugleich Glaubwürdigkeit für eine Politik der reformerischen Gestaltung. Ein derart konservatives Denken bietet keine Perspektive - sie hilft letztlich nur Neokonservativen und Grünen. (-/7.9.1987/va-he/rs)



Mit der Bahn gegen den Wahn

Konsequenzen aus den ökologischen Katastrophen ziehen

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

Die Meldungen über Umweltkatastrophen häufen sich. Die Alpenregion, der ökologisch sensibelste Teil unserer Umwelt ist hiervon in besonderem Maße betroffen. Ganze Täler mußten evakuiert werden, wichtige Verkehrswege sind für Wochen, oder gar Monate unterbrochen, noch ist der gesamte Umfang der Schäden nicht abzusehen.

Sind wir bereit, diese unübersehbaren Warnsignale ernst zu nehmen und den Raubbau der Natur und die Verschleuderung begrenzter Ressourcen zu beenden? Im Auftrag der UN hat die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Brundlandt vor kurzem ihren Bericht zu Umwelt- und Entwicklungsfragen vorgelegt. Dieses Dokument ist ein aufrüttelnder Warnruf, der Vernichtung unserer Lebensgrundlagen Einhalt zu gebieten.

Unumstößliche Erkenntnisse und Einsichten in Wissenschaft und Politik haben jedoch letztlich nur den Sinn, den wir Ihnen durch konsequente Umsetzung geben. Wir haben die Pflicht zum pfleglichen Umgang mit der Natur. Wir dürfen kommenden Generationen keinen geplünderten und weit- hin zerstörten Planeten Erde überlassen.

Bis heute steht die nationale und europäische Umwelt- und Verkehrspolitik diesen Zukunftsaufgaben weitgehend hilflos gegenüber. Politische Vorschläge liegen seit Jahren auf dem Tisch. Kurz-sichtige Profitinteressen haben aber ihre Verwirklichung verhindert, obwohl die schädlichen Aus-wirkungen des ausufernden Autoverkehrs auf Mensch und Natur inzwischen allgemein bekannt sind.

Verstopfte Straßen und leere Züge: Dies ist das Ergebnis einer widersinnigen Verkehrspolitik, die das Auto begünstigt und die Bahn behindert. Fast 9.000 Menschen sterben in unserem Land jähr- lich im Straßenverkehr, über 100.000 werden schwer verletzt. Das Waldsterben hat sich immer weiter ausgebreitet. Viele Menschen leiden unter Lärm und hoher Abgasbelastung. Baudenkmäler verfallen. Immer mehr Wissenschaftler warnen vor gefährlichen Klimaveränderungen. Dennoch gilt „Freie Fahrt für freie Bürger“ noch immer mehr als die Verantwortung für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlage.

Gegenwärtig wird die weltweite Autolawne auf 350 Millionen Pkws beziffert. Schon bei gleichblei- bendem Energieverbrauch reichen aber die Erdölvorräte noch für höchstens 40 Jahre. In seiner Un- tersuchung „Eisenbahn und Autowahn“ kommt Winfried Wolf zu einem engagierten Plädoyer für das Transportmittel Eisenbahn. Wenn alle für den Straßenverkehr notwendigen Einnahmen und Ausgaben zusammengefaßt würden, stellt er in seinen detaillierten Berechnen fest, stünde das rechnerische Minus des Straßenverkehrs weltweit bei jährlich 76 Milliarden DM. Daneben nehme sich das jährliche Bahnminus von 46 Milliarden DM noch bescheiden aus. Wolf belegt seine Thesen mit einem umfangreichen Quellen- und Datenkatalog.



All diesen Erkenntnissen zum Trotz verfolgen die Bonner Bundesregierung und die EG-Kommission in Brüssel unter der trügerischen Überschrift „Liberalisierung des Verkehrsmarktes“ eine unverantwortliche Subventionspolitik zugunsten des Lkw und zu Lasten der Bahn. Trotz ungenügender Wegekostendeckung soll die Steuerbelastung gerade der schweren Lkw gesenkt werden. Damit noch mehr ausländischen Lastkraftwagen von der Nordsee bis ans Mittelmeer über die Autobahnen rasen und dabei die Luft verpesten können, werden die Grenzen weit geöffnet. Billig sollen solche Transporte auch sein, daher wurden bisherige Hürden abgebaut, die einer 60-, 70- oder gar 80-Stunden-Woche des Fahrpersonals entgegenstanden. Schritt für Schritt soll diese Politik in den Jahren bis 1992, dem ersehnten Jahr der vollständigen Integration des europäischen Verkehrsmarktes, fortgeführt werden.

Dies hat mit Freiheit und mit dem europäischen Gedanken nichts zu tun. Dies ist ein unverantwortlicher Schritt, unsere geschundene Umwelt noch mehr zu belasten. Ohne intakte Umwelt verliert jedoch unser Leben seinen Wert, die Arbeit wird zur sinnlosen Beschäftigung.

Um dies zu verhindern, ist ein grundlegendes Umdenken gerade in der Verkehrspolitik erforderlich. Notwendig sind insbesondere:

- mehr Investitionsmittel zur Modernisierung und für den Ausbau der Bahn,
- die Befreiung von Bussen und Bahnen von der Mineralölsteuer,
- aufeinander abgestimmte kundenfreundliche Fahrpläne im Nah-, Regional- und Fernverkehr,
- eine Verlagerung des Lkw-Fernverkehrs auf die Schiene und
- die Heranziehung des Autoverkehrs zu den von ihm verursachten Umwelt- und Unfallkosten.

Unser Nachbarland, die Schweiz, beweist, daß all dies möglich ist. Die dortigen Bürger haben sich bewußt für die Stärkung der Schiene entschieden, um ihre Umwelt zu erhalten.

Eine Gesellschaft, die nicht den Menschen und die Umwelt in den Mittelpunkt stellt, sondern einzelne Profitinteressen, ist zum Untergang verurteilt. Deshalb müssen alle Bürger wachsam bleiben und die Herausforderung der neuen Zeit annehmen. Erst Tschernobyl, dann Sandoz, nun das Regenchaos in den Alpen; all diese unübersehbaren Warnsignale sollten endlich den Anstoß zum Handeln geben.

(-/7.9.1987/vo-he/rs)

* * *



Ein medienpolitisches Schmierentheater

Der Rundfunkstandort Ludwigshafen wird zu Grabe getragen

Von Klaus-Jürgen Laß MdL

Medienpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Vom medienpolitischen Urknall, so der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel (CDU) beim Start des Kabelpilotprojektes Ludwigshafen im Jahre 1984, scheint nicht viel mehr übrig zu bleiben als ein Trümmerhaufen, angerichtet von der rheinland-pfälzischen CDU und der von ihr seit Jahrzehnten betriebenen Vetternwirtschaft, die nun in Ludwigshafen zu neuen, erstaunlichen Blüten reifte.

Wie man den Versuch, privaten Rundfunk und Fernsehen auf Landesebene zu organisieren, schnell wieder vor die parteipolitischen Hunde gehen lassen kann, wird besonders deutlich an dem CDU-internen Gerangel um den Direktorenposten des jetzt als Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR) firmierenden ehemaligen Kabelpilotprojektes in diesen Tagen. Während der scheidende Direktor bald in Nordrhein-Westfalen seine Brötchen verdienen wird und damit erfolgreich den ständigen Pressionsversuchen der CDU entflohen ist, machen sich ein halbes Dutzend CDU-Parteigänger Hoffnung, den gut dotierten Direktorenposten in Ludwigshafen zu ergattern. Ernstzunehmende Kandidaten sind der noch amtierende Oberbürgermeister von Worms, Wilhelm Neuß (CDU), die ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Marliese Köster, der persönliche Referent des Mainzer Regierungschefs Vogel, Hans-Joachim Schöffner, und der Medienreferent der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, Reiner Hochstein (ebenfalls CDU).

Bei dieser Kandidatenliste wird klar, daß es mehr um politische Versorgungsfälle geht, als um medienpolitische Erfahrung. Und, weil es gilt, jemanden lukrativ unterzubringen, ist innerhalb der CDU ein heftiger Privatkrieg entbrannt, mit noch ungewissem Ausgang. Während die Staatskanzlei ihren Mann Schöffner und den bald arbeitslosen Oberbürgermeister Wilhelm Neuß favorisiert, die CDU-Landtagsfraktion aber ihrer ehemaligen Kollegin den Weg zurück zur Schule ersparen möchte, hat sich der mächtige Vorsitzende der Anstaltsversammlung und Regierungspräsident Dr. Paul Schäfer den Medienreferenten aus Düsseldorf ausgeguckt.

So buhlen sie denn, die drei Streithähne, seit Tagen um die notwendigen Stimmen in der Versammlung, die den neuen Direktor zu berufen hat. Daß diese Versammlung doch eigentlich pluralistisch zusammengesetzt ist, spielt dabei keine Rolle, längst ist sie zur Bühne für den Regisseur CDU geworden. Es hat sich also nichts geändert, wie in den öffentlich-rechtlichen Anstalten mißbraucht die CDU die Gremien zur reinen Partei-Personalpolitik.

Wer dabei zu Grabe getragen wird, ist längst klar: der so lautstark propagierte Medienstandort Ludwigshafen. Denn weiß hier Perspektiven und Anreize fehlen, weil sich die Veranstalter von der Politik und insbesondere der CDU-Landesregierung im Stich gelassen fühlen, ergreifen immer mehr Veranstalter die Flucht. So haben just in diesen Tagen SAT 1 und die privaten Hörfunkprogramme von RPR und Pro Radio 4 ihre Abwanderung nach Mainz angekündigt.

Man kann Verständnis haben, bei der politischen Kleinkariertheit, die sie bis jetzt erfahren mußten. Aber auch in Mainz wird sich die rheinland-pfälzische CDU ihrer annehmen, und weiter ihr eigenes Süppchen kochen. Auf Kosten der Steuerzahler, versteht sich. (-/7.9.1987/vc-ha/rs)

* * *

